

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Der unverlegt erscheinende Beiblatt
bestimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Verantwortlicher Herausgeber: Max Hoff in Berlin.
Erschienen am Freitag, 30. Juni 1921.

Die Kabinettskrise in Italien.

Aufforderung an Giolitti zur Neubildung des Kabinetts.

Nach keine Entscheidung Giolittis.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Rom, 30. Juni.

Der König hat formell Giolitti die Bildung des neuen Kabinetts an. Giolitti soll sich keine Antwort vorbehalten haben. „Idea Nazionale“ weist auf den begeisterten Eifer hin, mit dem die Pariser Presse Giolitti verteidigt, sowie auf die vollkommenen Ansehen von Barres mit Giolitti. Das nationale Ansehen verlange, daß die italienische Presse nicht einmal die Hypothese eines ausländischen Einflusses auf die Krise zugebe. Aus Selbstachtung müsse es darum „Idea Nazionale“ ablehnen, den Giolitti-Symposium der Tages-Agentur wiederzugeben. Heber

den Nachfolger für Giolitti bemerkt „Idea Nazionale“, die Rechte könne die Fortsetzung der Giolitti-Politik nicht dulden und eintönig gestatten, daß ein Votiv in die Consulta verlesen werde, der ein falscher und lächerlicher Gegner derselben Consultula war. Der Pariser Vertreter der „Idea Nazionale“ schließt die Bestimmung der fremdsprachigen Presse über den Abgang Giolittis, der namentlich in der Daily Mail eine so wertvolle Berichterstattung der deutschsprachigen Politik war. Der Korrespondent sagt nichtssagen: „Wenn man in Paris wüßte, aus welchen Gründen Graf Giolitti für Italien so zähe Gefühle hegt!“ Der Korrespondent spielt damit auf ein in römischen Kreisen verbreitetes Gerücht an über angebliche sentimentale Beziehungen. Die Giolitti-Politik beeinflusst haben sollen.

Die Fortsetzung der Beziehungen über die Kabinettsbildung empfing der König den Vizepräsidenten des Senats Ferrigiani, den Vizepräsidenten der Kammer Mauri und die früheren Ministerpräsidenten Solandri, Orlando, Lussatti, Volpi, Sonnino und Ritti.

Der Ostseehafen Stettin.

Der Ostseehafen Stettin. (Schluß)

Stettin, Ende Juni. Obwohl Stettin der größte Ostseehafen ist, muß ich voraussagen, daß Stettin nicht an der Ostsee liegt. Diese Bemerkung, die auf den Stettiner wie ein schmerzliches Nadelstich ist, notwendig. Nach kürzlich hat bei einer Konferenz ein Teilnehmer aus dem Reich um ein Quartier, mit Rücksicht auf die Ostsee gebeten. Leider konnte ihm dieser Wunsch aus Mangel an genügend hohen Häusern nicht erfüllt werden. Diese Randbemerkung soll kein Stroh sein, der die Stettiner den Kopf zerbrechen läßt. Diese irrtümliche Ansicht ist durchaus kein Vorrecht der Ostseehäfen. Aber ich von allen, die noch nicht in Stettin waren, „frei von Schuld und Pein“ weiß, wie es der Ostseehafen Stettin. So mancher, besonders der von See Kommende hat an eigenem Leibe erfahren, daß ihm erst nach einer mehrstündigen Fahrt an Industrie- und Gasanlagen vorbei auf sein immer ungebildeteres Fragen verachtet werden konnte, jetzt sei er endlich im Hafen von Stettin. Ich gehe gerne, daß es mit sehr einmal ganz ähnlich gegangen ist. Heute weiß ich, daß ein gut Teil der wirtschaftlichen Bedeutung des Stettiner Hafens gerade auf seiner weit ins Binnenland (30 Kilometer) vorgeschobenen Lage beruht.

Der verhältnismäßig junge und schnelle Aufschwung des Stettiner Hafens gegenüber seinen älteren Konkurrenten Lübeck und Danzig beruht vorzugsweise auf der außerordentlich günstigen Verkehrsverhältnisse, die Stettin zum weit ins Binnenland hinausgehenden Seehafen und gleichzeitig zum bedeutenden Binnenflusshafen macht, und auf der raschen Entschlossenheit und zielbewußten Arbeit jener Führer, deren Händen in den letzten Jahrzehnten die Entscheidung lag, daß ein Hafen, der auf dem kürzesten Wege vom Roten- und Zinfreichtum Schlesiens zum schwedischen Getreideturm liegt, mit der besterreichenden Bedeutung von Kohle und Eisen für die Weltwirtschaft stark ausbauen mußte, nicht heute wie eine wirtschaftliche Randangelegenheit sei. Das für ihn außerdem Vorzüge wie die schnelle Abfertigung von Wasserstraßen bis zum Berliner Wirtschaftszentrum zur offenen See, oder der Genußpunkt des besten Wasserweges vom sächsischen Industriegebiet zur Ostsee zu sein, von vorteilhafteren Wirkung sein müßten, ist ungeschwehert eingeleitet. Diese Tatsachen zeigten ihre wirtschaftliche Auswirkung bereits im Güterumschlag der Kriegszeit mit letzterem Schicksal. Stettin hatte bereits 1913 einen sechswöchigen Verkehr aufzuweisen, der den von Danzig, Lübeck und Königsberg zusammengenommen überstieg. Einfuhr und Ausfuhr zusammengenommen waren in Stettin doppelt so groß wie in Petersburg, das unter den Häfen der Ostsee an nächster Stelle stand. Erst weit hinter Petersburg prahlten die Seehäfen, Kopenhagen und dann die anderen Ostseehäfen. Stettin, dessen Verkehr 1918 in Einfuhr und Ausfuhr zur See rund 6 250 000 Tonnen, auf Binnenschiffen über 5 000 000 Tonnen, auf der Eisenbahn etwa 3 600 000 Tonnen, das sind zusammen fast 15 Millionen Tonnen umfaßt, tritt damit, nur von Hamburg überboten, und dem Bremer Verkehr gleichkommend, um den Rang der zweitgrößten deutschen Hafenstadt.

Das war in den glücklichsten Zeiten unserer wirtschaftlichen Blüte. Während des Krieges, als besonders in den Nordseehäfen der Verkehr stark nachgelassen hatte, konnte Stettin, was wohl nur wenig bekannt sein dürfte, einen teilweise über den Friedensstand gesteigerten Verkehr verzeichnen. Deutschlands Einfuhr aus den neutralen nordischen Ländern ging über die Ostseehäfen und zum größten Teil — man denke an die schwedische Getreineinfuhr — über den Stettiner Hafen.

Nun hat sich alles durch die für uns recht schmerzliche Verringerung der Grenzen und die wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen in Europa die Bedeutung Stettins zwar verschoben, aber nicht verringert. Nachdem Danzig, mit dem es in mancher Beziehung in wirtschaftlichem Wettbewerb lag, von Reiches losgelöst, neuen Aufgaben sich zuwenden muß, nachdem Königsberg in räumlicher Trennung von uns den schwereren Aufgaben eines ins ferne Ostland vorgeschobenen deutschen Handelsplatzes zu erfüllen bestritten ist, hat Stettin die Aufgabe, als östlicher Hafen des zusammenhängenden Reiches jenen Verkehr aufzunehmen und zu sammeln, der sich von den östlichen und nordöstlichen Staaten nach Deutschland hin ergießt, und gleichzeitig Ausgangspunkt zu sein für jene Verkehrswege, die aus den Wirtschaftskreisen Deutschlands zu den nordischen und nordöstlichen Märkten strömen. Diese Betrachtungen gewinnen an Bedeutung unter dem Gesichtspunkt, daß jetzt das Schwerkergewicht des deutschen Verkehrs durch die Auslieferung unserer Handelsflotte von der Ostsee in die Ostsee verlegt ist. Die Ostsee ist das einzige Meer, auf dem noch heute die deutsche Flagge vorherrscht! Und unter allen Ostseehäfen steht auch heute noch Stettin an erster Stelle!

Besondere Bedeutung für den Verkehr der deutschen Ostseehäfen haben neuerdings die russischen Handelsstaaten und die nordischen Reiche. Der Verkehr mit Rußland, der sich in Zukunft immer weniger umgeben lassen wird, ist zunächst auf Kriegsgütertransporte und Ausfuhr jener Waren beschränkt, die von der Sowjetregierung oder ihren Vertretern in geringen Mengen gekauft werden. Das hoffnungsvollere unter den neuen Ostseehäfen ist zweifellos Finnland. Es unterläßt über die beiden Ostseehäfen Stettin und Lübeck kostbare Handelsbeziehungen zu Deutschland. Das zeigt sich deutlich in dem regen frachtmäßig und Passagierverkehr, der sich mit etwa drei Viertel auf Stettin, mit einem Viertel auf Lübeck verteilt. Es hat sich heute bereits die Menge der von Finnland nach Stettin verkehrten Güter gegen 1914 fast verdoppelt, während zunächst die Ausfuhr nach Finnland, das von uns große Mengen Mehl, Getreide

Gegen die deutschen Reparationsbonds.

Die Bedenken der amerikanischen Bankiers.

Der bevorstehende Friedensschluß Amerikas mit Deutschland.

(Telegramm)

London, 30. Juni. (W. Z. B.)

Auf der gestrigen Sitzung der internationalen Handelskammer wurde der amerikanische Delegierte Robert vor der Aufgabe der deutschen Reparationsbonds in den Vereinigten Staaten zu liegen, er sei der Ansicht, daß die deutsche Regierung aufschuldig gemacht sei, die Reparationen zu zahlen; die deutschen Reparationsbonds seien jedoch fälschlicherweise und der amerikanische Markt sei augenblicklich für die besten ausländischen Wertpapiere auf acht Prozent eingestellt. Es gehe die Meinung zu der Annahme, daß die deutschen Reparationsbonds nicht in dieser Klasse transigieren würden. Wenn unter den Bankiers eine Art von Wettbewerb auslösen sollte, dann könne die einer großen Menge von Emissionen der Markt demokratisiert werden. Unter diesen Umständen würde es leicht sein, den Markt zu verzerren, nicht nur für die deutschen Emissionen, sondern auch allgemein für ausländische Wertpapiere. Das würde eine ernste Wirkung auf die Bemühungen haben, die Lage in Europa zu erleichtern. Die amerikanischen Bankiers seien daher der Ansicht, daß es nicht gerät sei, deutsche Emissionen auf einem Markt anzubieten, der nicht für sie aufnahmefähig sei, und sie zu niedrigen Preisen zu verkaufen.

Weiter meldet aus Washington, daß der amerikanische Schatzsekretär Mellon im Senatsauschuß für Finanzangelegenheiten mitgeteilt hat, daß bestimmte Vorschläge gemacht worden seien, daß die Vereinigten Staaten deutsche Reparationsbonds an Stelle der Obligationen annehmen

sollten. Das Schicksal habe auch nicht die Absicht, einen solchen Vorschlag einzurichten.

Was die Einwirkung hat an den republikanischen Führer des Repräsentantenhauses McNeill ein Schreiben geschrieben, in dem er erklärt, es sei sehr wahrscheinlich, von Kongress eine günstige Meinungsäußerung über die Weltmarkt zu erhalten. Eine solche Meinungsäußerung würde in den allgemeinen Ausdrücken gehalten sein. Gedruckt veröffentlicht Modell, daß die vorgelegte Entscheidung nicht sei, einen solchen Meinungsäußerung jede Bedingung zu gestatten.

Nach mehrstädtigem Aufenthalt ist der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Dr. David Jayne Hill, gestern von hier abgereist, um sich nach der Schweiz zu begeben. Sein Besuch in Berlin war, wie wir schon mitteilen, rein privater Natur und diente einer eingehenden Information über die Verhältnisse in Deutschland. Dr. Hill hatte zahlreiche Besprechungen mit allen maßgebenden Persönlichkeiten der Regierung, des Handels und der Industrie. Wir glauben zu wissen, daß die Ernennung Dr. Hills zum amerikanischen Botschafter in Berlin bereits feststeht. Vermutlich wird Dr. Hill kurz nach Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen Amerika und Deutschland nach Berlin zurückkehren, und zwar dann in amtlicher Eigenschaft.

Volkschaffers Hills Ernennung bevorstehend.

Nach mehrstädtigem Aufenthalt ist der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Dr. David Jayne Hill, gestern von hier abgereist, um sich nach der Schweiz zu begeben. Sein Besuch in Berlin war, wie wir schon mitteilen, rein privater Natur und diente einer eingehenden Information über die Verhältnisse in Deutschland. Dr. Hill hatte zahlreiche Besprechungen mit allen maßgebenden Persönlichkeiten der Regierung, des Handels und der Industrie. Wir glauben zu wissen, daß die Ernennung Dr. Hills zum amerikanischen Botschafter in Berlin bereits feststeht. Vermutlich wird Dr. Hill kurz nach Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen Amerika und Deutschland nach Berlin zurückkehren, und zwar dann in amtlicher Eigenschaft.

Polens Beziehungen zu Tschechien.

Die polnische Gesandter in Prag.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

Prag, 30. Juni.

Während in der Seta des polnischen Außenministers Sapieha die Beziehungen Polens zur Tschechoslowakei seit der Rückkehr des dortigen Gesandten Erasmus Wily infolge der steigenden politischen Erregung über die Einwirkung der Tschechen Frage sehr merklich gestiegen ist, ist die erste Umwälzung des neuen Gern im Außenministerium die Wiederernennung von Wily auf den Prager Posten. Sie entspricht Strumnus programmatische Erklärung, in der er den Wunsch des antichischen Polen nach der von öffentlichen Meinung geforderten Revision der schiedsgerichtlichen Zeitung des Tschechen Gebiets auspricht. Strumnus wünscht, wie er sagte, im Hinblick auf den neuen deutschen Radbarr ein Bündnis schließt, mit Tschechien zu inaktivieren und nicht aus diesem Grunde wieder die allfällige Lösung auf. Nach seiner Ansicht ist der freiwirtschaftliche Verkehr mit seinen Präzedenzen in Tschechien ein zu hoher Preis, daß die Tschechoslowakei daraufhin geneigt sein wird, die tschechische Annäherung mitzumachen, durch die für Polens weitere Politik die Schranken fallen, die die Rücksicht auf eine mögliche tschechische Bedrohung ihr bisher legten. In der Person des Gesandten Erasmus Wily entwirft Strumnus einen Plan nach Prag, dessen frühere Zielsetzung ihm dort für die jetzt wiederzunehmene Politik empfiehlt. Aus diesem Grunde nimmt man auch die durch die Ernennung Wilies mögliche seine Verbesserung der Tschechen mit in Kauf, auf deren Verlangen Wily — bis dahin Außenminister im Außenministerium — erst ganz kürzlich seinen Amt entlassen wurde, wegen einer Neuerung gegenüber dem „Journal de Bohème“ über das Verhalten der italienischen Truppen in Oberösterreich, die in Italien verheimlicht hatte.

Prag, 30. Juni.

Der neue polnische Außenminister hat bekanntlich an seinen Prager Kollegen eine sehr warm gehaltene Begrüßungsbotschaft geschickt. Zur gleichen Zeit bringt das Bamberger Organ des Ministerpräsidenten Wlos, der „Ruchowy Zwoni“, einen Artikel, in dem es heißt, „es ist ein freiwirtschaftliches Zusammenleben mit der Tschechoslowakei ist nicht zu denken, dagegen hätten die Polen die Bestimmung der Slowaken zu folgen, was bedeutet, die

Reparierung der Slowaken zu unterstützen. In einem unheimlichen Radbarr (gemeint ist Tschechien) zu gewinnen.“ schließt der gehässig gehaltene Artikel, „dürfte man die wirtschaftlichen slowakischen Freunde nicht im Auge lassen.“

Im Verfassungsausschuß der Prager Nationalversammlung wurde von tschechischer Seite der Antrag gestellt, nicht trotz die in der Tschechoslowakei befindlichen Güter des Kaisers Wilhelm zu beschlagnahmen, sondern auch die seiner Familienangehörigen, wogegen letztere Beschagnahme in den letzten drei Jahren nicht vorgefallen ist. Der tschechische Antragsteller bezieht sich auf Eudovermittlungsstelle des Staates. Die Verhandlung wurde vertagt.

Die wohnortsmäßig „Sidow Roviny“ berichten, daß ebenso wie die Verhandlungen mit Ungarn in Prag auch die Verhandlungen in Budapest auf einem toten Punkt angefangen sind.

Die Prager deutschen Banken haben ihren Beamten gefündigt mit der Begründung, daß diese aus Solidarität die Konten tschechischer Banken gesperrt haben. Die deutschen Beamten haben mit dem Generalratifiziert garantiert; es treffen 17 000 Beamten in der Tschechoslowakei.

Devalera

lehnt Lloyd Georges Einladung ab.

(Telegramm)

Paris, 30. Juni. (W. Z. B.)

Genoa meldet aus Dublin vom 29. Juni: Devalera hat an Sir James Craig ein Telegramm geschickt, in dem er seinem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß Craig nicht an der Konferenz in Dublin teilnehmen könne. Die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Devalera und Craig sind nicht zu übersehen. Es ist augenscheinlich, daß bei der Aufnahme der Verhandlungen mit Großbritannien die tschechische Bedrohung nicht in zwei Gruppen geteilt sein dürfte. „Journal“ erklärt aus London, daß Devalera nach der Ablehnung von Sir James Craig, mit ihm zu einer Verständigung zusammenzukommen, es seinerseits abgelehnt hat, nach London zu gehen und die Einladung Lloyd Georges anzunehmen.